

07. September 2006, von Michael Schöfer Genfood und Gammelfleisch

Reis aus den USA ist mit genmanipulierten Reissorten verunreinigt, Greenpeace und Friends of the Earth fanden auch in aus China importiertem Reis Spuren von gentechnisch verändertem Material. Und in Deutschland läßt ein neuer Fleischskandal die Verbraucher nur noch mit Ekelgefühlen an ihren letzten Döner denken. Die Nahrungsmittelindustrie ist in Verruf geraten. Zu Recht, wie ich meine. Wer den Verbrauchern klammheimlich (bewußt oder fahrlässig) genmanipulierte Lebensmittel unterschiebt, die - zumindest in Europa - kaum jemand haben will, darf sich nicht über mangelndes Vertrauen wundern. Der angeblich so mündige Verbraucher wird außerdem konsequent für dumm verkauft. Das hat Methode, denn die bestehende Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten Lebensmitteln ist hierzulande - den Produzenten zuliebe - mit etlichen Einschränkungen und Ausnahmen gepflastert.

Gewiß, beim Gammelfleisch sind es die viel beschworenen schwarzen Schafe, die die Branche in Verruf bringen. Doch der dem Gewerbe inhärente Zwang, möglichst billig zu produzieren, ist daran schließlich nicht ganz unschuldig. Von den Preisen, die die Discounter größtenteils diktieren, können etwa Landwirte (Beispiel Milch) häufig kaum noch leben. Nicht unschuldig sind freilich auch die Verbraucher selbst, denn mit ihrer "Geiz-ist-geil"-Mentalität rufen sie genau die mangelnde Qualität hervor, die zum Schluß ungewollt auf ihren Tellern landet. Insofern sollte man die Schuld an den Skandalen nicht bloß der Nahrungsmittelindustrie oder der Politik in die Schuhe schieben. Das Recht auf gesunde Lebensmittel ist unbestritten, aber sich jedesmal den Schwarzen Peter gegenseitig in die Schuhe schieben, nützt überhaupt nichts. Nach einer kurzen Schamfrist geht es nämlich weiter wie zuvor.

Die Nahrungsmittelindustrie, die wie alle anderen vor allem am Profiten interessiert ist, sich dabei aber sukzessive von den Interessen der Verbraucher entfernt und allzu häufig bloß noch das Eigeninteresse in den Vordergrund stellt, muß gründlich umdenken. Nach wie vor ist sie beispielsweise die Erklärung schuldig geblieben, wem - außer ihr natürlich - genmanipulierte Lebensmittel überhaupt nützen. Bekanntlich haben wir global betrachtet keinen Mangel an Lebensmittel, sondern ein eklatantes Verteilungsproblem, das u.a. auf einer ungerechten Welthandelsordnung beruht. Der subventionierte Nahrungsmittelanbau und -export der Industriestaaten raubt eben vielen Kleinbauern in den armen Ländern die Existenz.

Diese Situation wird durch Genfood nicht besser. Im Gegenteil, denn wer in seinen Produkten die sogenannte Terminator-Technologie implementiert, die bewirkt, daß gentechnisch veränderte Pflanzen unfruchtbar sind und demzufolge nicht mehr zur Aussaat der nächsten Ernte taugen, kann schlecht mit der Bekämpfung des Hungers argumentieren. Vielmehr hat man hier Absatzinteressen im Fokus, alles andere ist pure Heuchelei. Auf diese Weise werden die Bauern gezwungen, jedes Jahr teures Saatgut zu kaufen, was sie sich allerdings vielfach nicht leisten können.

Die Politik wiederum sollte sich mehr an den Interessen der Verbraucher (= Wähler) orientieren, andernfalls schlittern von einem Lebensmittelskandal in den nächsten. Das sagt sich leicht, ist indes schwer zu realisieren. Reflexhaft härter Strafen fordern, während man gleichzeitig die Kontrolle schleifen läßt, ist jedenfalls kontraproduktiv. Am Ende wird nur eine Fassade aufgebaut (wir tun ja was!), die die empörte Öffentlichkeit beruhigen soll. Hinter den Kulissen agiert man danach wie gehabt. Wenn, wie in Rheinland-Pfalz, mickrige 120 Lebensmittelkontrolleure 84.000 Betriebe überwachen [1], kann man sich vorstel-

len, was härtere Strafen bewirken. So gut wie nichts. Das Entdeckungsrisiko entscheidet über die Einhaltung der Gesetze, nicht das angedrohte Strafmaß.

Andererseits müssen sich die Verbraucher endlich ihrer Marktmacht bewußt werden, billig darf beim Einkauf nicht der einzige Maßstab sein. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Produktionsmethoden, sondern auch in bezug auf die Arbeitsbedingungen. Wenn Handelsunternehmen in ihren Filialen hartnäckig Betriebsräte verhindern und damit die Interessen der Beschäftigten negieren, kann man sich ausmalen, wie es in den Konzernzentralen um die Interessen der Verbraucher bestellt ist. Man mag über diese Aussage müde lächeln, aber es gibt hier durchaus einen Zusammenhang.

Letztlich ernten wir nun das, was wir alle (Nahrungsmittelindustrie, Politik und Verbraucher) gemeinsam verursacht haben. Deshalb müssen wir auch alle gemeinsam daran arbeiten, die Mißstände zu beseitigen. Umsetzen kann man das schon beim nächsten Einkauf.

[1] Frankfurter Rundschau vom 02.09.2006

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim
URL des Artikels: www.michael-schoefer.de/artikel/ms0317.html